

Medienmitteilung: Ständerat höhlt Gegenvorschlag zur Stipendieninitiative aus

Zürich, 05. Juni 2014

**Für den
VSUZH**
Tristan
Jennings
079 479 82 52

**Für den
VSETH**
Carl Thomas
Bormann
Hochschul-
politik
044 632 54 74

**Für den
VSZHAW**
Michael
Sebastian
Henschel
Präsident
079 833 76 72

**Für den
SturZ**
Fernando
Scarabino
Vorstand
076 532 03 55

Am heutigen Donnerstag hat der Ständerat die Stipendieninitiative sowie die als Gegenvorschlag vorliegende Revision des Ausbildungsbeitragsgesetzes behandelt. Die Initiative, die eine Kompetenzverschiebung an den Bund vorsieht, wurde zur Ablehnung empfohlen, stattdessen soll das Ausbildungsbeitragsgesetz revidiert werden. In den meisten Punkten folgte die kleine Kammer hierbei dem Gegenvorschlag von Bundesrat und Nationalrat. So sollen die Bundessubventionen für Stipendien und Darlehen zukünftig an die Erfüllung bestimmter Kriterien des interkantonalen Stipendienkonkordats gekoppelt werden.

In einem zentralen Punkt wurde der Gegenvorschlag aber deutlich verschlechtert. Der Verweis auf die im Konkordat vorgesehene Mindesthöhe eines Vollstipendiums von 16 000 CHF pro Jahr wurde aus dem Gegenvorschlag gestrichen. Begründet wurde dieser Schritt unter anderem damit, dass auf sieben Kantone, die diese Vorgabe derzeit nicht erfüllen, Mehrbelastungen zukommen würden.

Aus Sicht der Verbände der Studierenden der Universität Zürich (VSUZH), der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich (VSETH), der Zürcher Hochschule der Künste (SturZ) und der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (VSZHAW) verkommt der Gegenvorschlag zur Stipendieninitiative damit zu einer Nullnummer. Eine lediglich formelle Harmonisierung des Stipendienwesens löst die bestehenden Probleme nicht. Weder wird die stossende materielle Ungleichheit zwischen den kantonalen Stipendiensystemen vermindert, noch dem Fachkräftemangel durch Investitionen in die Ausbildung junger Menschen effektiv begegnet.

"Ein Vollstipendium soll einen minimalen Lebensstandard ermöglichen. Dass ein Vollstipendium von weniger als 1350 CHF pro Monat aus Sicht der Kantone eine unzumutbare Belastung darstellt, ist nicht nachvollziehbar." meint Carl Thomas Bormann, Vorstand des VSETH.

Im nun folgenden Differenzbereinigungsverfahren muss nun eine Einigung der beiden Räte erzielt werden. Die Zürcher Studierendenverbände fordern National- und Ständerat auf, den Anliegen der Stipendieninitiative ernsthaft zu begegnen und eine materielle Harmonisierung des Stipendienwesens in den Gegenvorschlag aufzunehmen.